

Europäischer Tarifbericht des WSI – 2004/2005

Thorsten Schulten

Die Tarifeinsetzungen finden in den Jahren 2004 und 2005 vor dem Hintergrund einer leichten konjunkturellen Erholung in Europa statt. Allerdings ist das ökonomische Wachstum immer noch recht schwach ausgeprägt und droht zudem im Jahr 2005 bereits wieder einen Dämpfer zu erhalten. Verantwortlich hierfür ist vor allem die ökonomische Entwicklung in Deutschland, die nicht nur beim Wachstum die europäische Schlusslichtposition einnimmt, sondern auch bei der Lohnpolitik deutlich aus dem europäischen Rahmen fällt.

1 Ökonomische Rahmenbedingungen der Tarifpolitik

Im Jahr 2004 hat sich die allgemeine konjunkturelle Entwicklung in den Ländern der alten Europäischen Union (EU 15) wieder verbessert (Tabelle 1).¹ Nachdem im

Jahr 2003 mit einem durchschnittlichen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von lediglich 0,9 % in der EU 15 das Konjunkturtief erreicht wird, kommt es im Jahre 2004 mit einem BIP-Wachstum von durchschnittlich 2,3 % wieder zu einer deutlichen konjunkturellen Erholung. Das größte Wachstum haben dabei Irland, Griechenland und Luxemburg zu verzeichnen, während Deutschland zusammen mit Italien, Portugal und den Niederlanden zu

der Gruppe mit den geringsten Wachstumsraten gehört.

Nach den Prognosen der Europäischen Kommission erhält der begonnene Aufschwung im Jahr 2005 jedoch bereits wieder einen Dämpfer und liegt mit einem durchschnittlichen BIP-Wachstum von 1,9 % unterhalb des Vorjahres. Verantwortlich hierfür ist insbesondere die anhaltende Wachstumsschwäche in Deutschland, wo sich das BIP-Wachstum mit prognostizierten 0,8 % gegenüber 1,6 % im Vorjahr wieder halbieren wird. Deutschland bildet aktuell damit einmal mehr das wachstumspolitische Schlusslicht in Europa.

Die neuen EU-Staaten aus Mittel- und Osteuropa weisen durchweg höhere Wachstumsraten auf und können damit ihren seit Mitte der 1990er Jahre begonnenen ökonomischen Aufholprozess gegenüber der alten EU fortsetzen (Schulten 2004a). Mit einem BIP-Wachstums von 8,5 % nimmt Lettland im Jahr 2004 die Spitzenposition ein, gefolgt von den beiden übrigen baltischen Staaten Estland und Litauen. Wegen des insgesamt relativ geringen ökonomischen Gewichts der neuen EU-Staaten²

Tabelle 1: Wachstum und Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union 2001–2005

	Bruttoinlandsprodukt *					Arbeitslosenquote **				
	2001	2002	2003	2004	2005	2001	2002	2003	2004	2005
Alte EU-Staaten (EU 15)										
Belgien	0,7	0,9	1,3	2,7	2,2	6,7	7,3	8,0	7,8	7,7
Dänemark	1,6	1,0	0,4	2,0	2,3	4,3	4,6	5,6	5,4	4,9
Deutschland	0,8	0,1	-0,1	1,6	0,8	7,4	8,2	9,0	9,5	9,7
Finnland	1,1	2,2	2,4	3,7	3,3	9,1	9,1	9,0	8,8	8,4
Frankreich	2,1	1,2	0,5	2,5	2,0	8,4	8,9	9,5	9,6	9,4
Griechenland	4,3	3,8	4,7	4,2	2,9	10,8	10,3	9,7	10,3	10,5
Großbritannien	2,3	1,8	2,2	3,1	2,8	5,0	5,1	4,9	4,7	4,7
Irland	6,0	6,1	3,7	5,4	4,9	3,9	4,3	4,6	4,5	4,6
Italien	1,8	0,4	0,3	1,2	1,2	9,1	8,6	8,4	8,0	7,9
Luxemburg	1,5	2,5	2,9	4,2	3,8	2,1	2,8	3,7	4,2	4,6
Niederlande	1,4	0,6	-0,9	1,3	1,0	2,5	2,7	3,8	4,7	5,2
Österreich	0,7	1,2	0,8	2,0	2,1	3,6	4,2	4,3	4,5	4,1
Portugal	1,7	0,4	-1,1	1,0	1,1	4,0	5,0	6,3	6,7	7,0
Schweden	1,0	2,0	1,5	3,5	3,0	4,9	4,9	5,6	6,3	5,9
Spanien	2,8	2,2	2,5	2,7	2,7	10,6	11,3	11,3	10,8	10,4
EU 15	1,7	1,1	0,9	2,3	1,9	7,2	7,6	7,9	8,0	8,0
Neue EU-Staaten (EU 10)										
Estland	6,4	7,2	5,1	6,2	6,0	11,8	9,5	10,2	9,2	8,7
Lettland	8,0	6,4	7,5	8,5	7,2	12,9	12,6	10,4	9,8	9,4
Litauen	6,4	6,8	9,7	6,7	6,4	16,4	13,5	12,7	10,8	10,2
Malta	-1,7	2,2	-1,8	1,5	1,7	7,7	7,7	8,0	7,3	7,1
Polen	1,0	1,4	3,8	5,3	4,4	18,5	19,8	19,2	18,8	18,3
Slowakei	3,8	4,6	4,5	5,5	4,9	19,4	18,7	17,5	18,0	17,6
Slowenien	2,7	3,3	2,5	4,6	3,7	5,8	6,1	6,5	6,0	5,9
Tschechien	2,6	1,5	3,7	4,0	4,0	8,0	7,3	7,8	8,3	8,3
Ungarn	3,8	3,5	3,0	4,0	3,9	5,6	5,6	5,8	5,9	6,3
Zypern	4,1	2,1	2,0	3,7	3,9	4,4	3,9	4,5	5,0	4,8
Gesamte EU (EU 25)	1,8	1,1	1,0	2,4	2,0	8,4	8,7	8,9	9,0	9,0

* Bruttoinlandsprodukt = Veränderung des BIP in % gegenüber dem Vorjahr.

** Arbeitslosenquote = Anzahl der Arbeitslosen in % der zivilen Erwerbsbevölkerung (Eurostat-Definition).

Angaben für 2005 = Frühjahrsprognose 2005 der Europäischen Kommission.

Quelle: Europäische Kommission (2005a).

WSI Hans Böckler Stiftung

¹ Im Folgenden wird, falls nicht anders ausgewiesen, auf Daten aus der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission zurückgegriffen (Europäische Kommission 2005a). Bei den Angaben für 2005 handelt es sich um Prognosen aus dem Frühjahrsgutachten der Europäischen Kommission (Europäische Kommission 2005b).

² Leider weist seit diesem Jahr die AMECO-Datenbank für die neuen EU-Mitgliedstaaten (EU 10) keine aggregierten Daten mehr aus (Europäische Kommission 2005a), sodass für diese Ländergruppe keine exakten Gesamtangaben mehr gemacht werden können.

Thorsten Schulten, Dr., ist wissenschaftlicher Referent für Arbeits- und Tarifpolitik in Europa beim WSI in der Hans-Böckler-Stiftung.
e-mail: Thorsten-Schulten@boeckler.de

Tabelle 2: Preise, Arbeitsproduktivität und neutraler Verteilungsspielraum in der Europäischen Union 2001–2005

	Preise*					Arbeitsproduktivität**					Neutraler Verteilungsspielraum***				
	2001	2002	2003	2004	2005	2001	2002	2003	2004	2005	2001	2002	2003	2004	2005
Alte EU-Staaten (EU 15)															
Belgien	2,5	1,7	1,8	2,4	2,2	-0,7	1,2	1,2	1,9	1,4	1,8	2,9	3,0	4,3	3,6
Dänemark	2,5	2,1	1,8	1,1	1,7	1,3	1,4	1,4	2,0	1,8	3,8	3,5	3,2	3,1	3,5
Deutschland	1,6	1,1	1,0	1,6	1,3	0,4	0,7	0,9	1,2	0,1	2,0	1,8	1,9	2,8	1,4
Finnland	3,5	3,2	0,2	0,9	1,6	-0,4	1,3	2,4	3,5	2,6	3,1	4,5	2,6	4,4	4,2
Frankreich	1,6	1,9	2,0	1,5	2,0	0,2	0,2	0,4	2,8	1,5	1,8	2,1	2,4	4,3	3,5
Griechenland	3,3	3,6	3,4	2,9	3,1	4,6	3,7	3,2	1,0	2,3	7,9	7,3	6,6	3,9	5,4
Großbritannien	2,4	1,6	1,9	1,3	1,9	1,5	1,0	1,3	2,1	2,3	3,9	2,6	3,2	3,4	4,2
Irland	4,1	5,6	3,8	2,4	2,2	2,9	4,3	1,6	2,4	3,1	7,0	9,9	5,4	4,8	5,3
Italien	2,8	3,1	2,5	2,2	2,0	0,1	-0,9	-0,2	0,4	0,8	2,9	2,2	2,3	2,6	2,8
Luxemburg	3,2	2,1	1,9	2,2	2,0	-3,9	-0,5	1,1	1,7	1,2	-0,7	1,6	3,0	3,9	3,2
Niederlande	4,6	2,7	2,3	1,3	1,4	0,1	0,7	0,1	3,0	0,7	4,7	3,4	2,4	4,3	2,1
Österreich	1,9	1,2	1,5	2,0	2,3	0,3	1,1	0,7	1,0	1,8	2,2	2,3	2,2	3,0	4,1
Portugal	3,9	3,5	3,2	2,3	2,3	0,0	0,0	-0,7	0,9	0,8	3,9	3,5	2,5	3,2	3,1
Schweden	2,4	1,8	2,3	1,2	0,7	-0,8	1,8	1,6	4,0	2,6	1,6	3,6	3,9	5,2	3,3
Spanien	3,3	3,4	3,1	3,0	2,9	0,3	0,9	0,7	0,6	0,6	3,6	4,3	3,8	3,6	3,5
EU 15	2,3	2,1	2,0	1,8	1,9	0,5	0,6	0,7	1,6	1,2	2,8	2,7	2,7	3,4	3,1
Neue EU-Staaten (EU 10)															
Estland	6,1	3,4	0,8	3,0	3,2	5,6	5,6	4,3	6,0	5,3	11,7	9,0	5,1	9,0	8,5
Lettland	2,6	2,2	2,9	6,2	5,0	5,7	4,8	5,6	7,5	6,3	8,3	7,0	8,5	13,7	11,3
Litauen	2,4	-0,2	-2,6	0,8	2,8	10,0	2,7	7,2	7,0	5,9	12,4	2,5	4,6	7,8	8,7
Malta	1,6	1,6	0,7	3,4	2,1	-3,7	2,9	-1,1	0,1	1,1	-2,1	4,5	-0,4	3,5	3,2
Polen	4,7	1,6	0,7	3,3	2,1	3,3	4,5	5,1	5,3	3,3	8,0	6,1	5,8	8,6	5,4
Slowakei	6,1	3,1	7,7	6,9	3,6	3,2	5,2	2,6	5,9	4,3	9,3	8,3	10,3	12,8	7,9
Slowenien	8,1	7,8	5,0	3,2	2,5	2,2	3,7	2,8	4,5	3,6	10,3	11,5	7,8	7,7	6,1
Tschechien	3,5	0,7	0,2	2,7	2,1	2,2	0,0	3,9	4,6	4,1	5,7	0,7	4,1	7,3	6,2
Ungarn	8,2	3,7	4,6	7,6	4,8	2,6	3,5	2,2	4,4	3,3	10,8	7,2	6,8	12,0	8,1
Zypern	2,0	2,5	3,6	2,5	2,5	2,0	0,9	0,9	2,2	2,6	4,0	3,4	4,5	4,7	5,1
Gesamte EU (EU 25)	2,5	2,1	2,0	1,9	1,9	0,8	0,9	0,9	1,9	1,3	3,3	3,0	2,9	3,8	3,2

* Preise = Deflator des privaten Verbrauchs, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.
 ** Arbeitsproduktivität = Reales BIP pro Kopf, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.
 *** Neutraler Verteilungsspielraum = Summe aus Preis- und Arbeitsproduktivitätsentwicklung.
 Angaben für 2005 = Frühjahrsprognose 2005 der Europäischen Kommission.

Quelle: Europäische Kommission (2005a); eigene Berechnungen.

WSI Hans Böckler Stiftung

wird die Wachstumsentwicklung in der gesamten Europäischen Union (EU 25) durch diese Länder jedoch kaum beeinflusst.

Die konjunkturelle Erholung ist in den meisten Ländern der alten EU bislang am Arbeitsmarkt weitgehend vorbeigegangen. 2004 liegt die Arbeitslosenquote im Durchschnitt der EU 15 bei 8 % und damit sogar noch leicht über dem Niveau der Vorjahre (Tabelle 1). Auch für 2005 prognostiziert die Europäische Kommission eine weitgehende Stagnation auf dem Arbeitsmarkt. Mit Werten von unter 5 % weisen Luxemburg, Österreich, Irland, Großbritannien und die Niederlande die niedrigsten Arbeitslosenquoten auf. Demgegenüber sind die Beschäftigungsprobleme in Deutschland, Frankreich, Griechenland und Spanien mit Arbeitslosenquoten zwischen 9,5 % und 10,8 % nach wie vor am größten.

Im Vergleich zu den alten EU-Staaten ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt in den meisten neuen EU-Staaten noch einmal

deutlich schlechter. Im Jahr 2004 haben Polen (18,8 %) und die Slowakei (18,0 %) die EU-weit höchsten Arbeitslosenquoten. Relativ niedrige Arbeitslosenraten mit Werten um die 5 bis 6 % finden sich demgegenüber in Slowenien, Ungarn und Zypern. Zusammengekommen addiert sich die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen in den alten und den neuen EU-Staaten auf über 19 Millionen. Damit stehen die aktuellen Tarifaueinsetzungen in den meisten EU-Staaten weiter unter dem Druck anhaltender Massenarbeitslosigkeit.³

Neben der allgemeinen Konjunktur-entwicklung und der Lage auf dem Arbeitsmarkt werden die Tarifaueinsetzungen in den meisten europäischen Ländern vor allem durch die Entwicklung der Preise und der Arbeitsproduktivität geprägt (Tabelle 2). Die Summe beider Indikatoren bildet den so genannten neutralen Verteilungsspielraum, dessen Ausschöpfung durch entsprechende Lohnerhöhungen die Voraussetzung dafür bietet, dass die

Beschäftigten an der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung gleichgewichtig partizipieren können und das Verhältnis zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen konstant bleibt.⁴ Dementsprechend stellen Preis- und Produktivitätsentwicklung in den meisten europäischen Ländern die wichtigsten ökonomischen Referenzgrößen bei der Aufstellung gewerkschaftlicher

3 Zum Verhältnis von Arbeitslosigkeit, Lohnentwicklung und Tarifpolitik in der EU: Hein/Schulten (2004).

4 Die Definition des neutralen Verteilungsspielraumes als Summe aus Preis- und Produktivitätsentwicklung ist in der Wirtschaftswissenschaft weitgehend Konsens. Strittig ist hingegen die Frage welche Indikatoren insbesondere für die Preisentwicklung verwendet werden. Gegenüber möglichen alternativen Indikatoren (wie z. B. der Kerninflationsrate, der EZB-Zielinflationsrate oder der Entwicklung der Erzeugerpreise) wird im Folgenden der aus Arbeitnehmersicht bedeutsamste Indikator, nämlich die Entwicklung der Konsumentenpreise, verwendet.

Tarifforderungen dar. Die Ausschöpfung des nationalen Verteilungsspielraumes ist zudem vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und anderen europäischen Gewerkschaftsorganisationen als grundlegende Orientierungsrichtlinie für eine europaweite Koordinierung der Tarifpolitik akzeptiert worden, um auf diese Weise ein gegenseitiges Lohndumping in Europa zu verhindern (Schulten 2004b).

Gegenüber den Vorjahren bleibt die Entwicklung der (Konsumenten-)Preise mit einem Zuwachs von 1,8 % im Jahr 2004 und prognostizierten 1,9 % im Jahr 2005 im Durchschnitt der alten EU weitgehend konstant und entspricht damit in etwa der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank. Die Spannweite der nationalen Preissteigerungsraten reicht 2004 von 0,9 % in Finnland bis zu 3,0 % in Spanien. Die meisten neuen EU-Staaten weisen dagegen nach wie vor eine höhere Preisentwicklung auf, die sich trendmäßig jedoch dem Niveau der alten EU anzunähern scheint. Besonders hohe Preissteigerungsraten von mehr als 6 % haben 2004 Lettland, die Slowakei und Ungarn zu verzeichnen. Für 2005 hat die Europäische Kommission allerdings für alle drei Staaten einen deutlichen Rückgang der Preisentwicklung prognostiziert.

Im Jahr 2004 hat das Wachstum der Arbeitsproduktivität im Durchschnitt der alten EU 15 mit 1,6 % im Vergleich zu den Vorjahren wieder an Fahrt gewonnen. Die größten Produktivitätszuwächse mit Werten zwischen 3 % und 4 % gibt es in Finnland, Schweden und den Niederlanden. Demgegenüber fällt in Italien, Portugal und Spanien das Produktivitätswachstum mit Werten zwischen 0,4 % und 0,9 % am geringsten aus. Für 2005 erwartet die Europäische Kommission wiederum einen leichten Rückgang des Produktivitätswachstums, der vor allem auf einen starken Einbruch der Produktivitätszuwächse in Deutschland zurückzuführen ist. Mit einer Wachstumsrate von lediglich 0,1 % wird hier faktisch eine Stagnation bei der Produktivitätsentwicklung prognostiziert. In den neuen EU-Staaten liegt das Produktivitätswachstum erwartungsgemäß deutlich über dem Niveau der alten EU. Die höchsten Produktivitätszuwächse zwischen 6 % und 7,5 % verzeichnen die baltischen Staaten, womit der anhaltende Aufholprozess dieser Ländergruppe deutlich wird.

Aus der Gesamtsumme von Preis- und Produktivitätsentwicklung ergibt sich im

Durchschnitt für die alten EU-Staaten ein neutraler Verteilungsspielraum von 3,4 % im Jahr 2004 und 3,1 % im Jahr 2005. In den neuen EU-Staaten liegen die entsprechenden Daten zumeist deutlich höher und erreichen in einigen Fällen sogar noch zweistellige Werte. Insgesamt weisen die für die Tarifaueinandersetzungen entscheidenden nationalen Verteilungsspielräume innerhalb der gesamten EU weiterhin erhebliche Unterschiede auf.

2 Lohnentwicklung und Ausschöpfung nationaler Verteilungsspielräume

Da bis heute immer noch keine verlässliche Statistik über die Entwicklung der Tariflöhne in Europa vorliegt,⁵ kann die Frage, inwieweit es den europäischen Gewerkschaften gelungen ist, mit den von ihnen durchgesetzten Tarifvereinbarungen die jeweiligen nationalen Verteilungsspielräume auszuschöpfen, nicht vollständig beantwortet werden. Die im Folgenden verwendeten Daten beziehen sich ausschließlich auf die Entwicklung der Effektivlöhne,⁶ wobei mitunter eine erhebliche Lohndrift zwischen Tarif- und Effektivlohnentwicklung bestehen kann, die zum Teil in der jeweils unterschiedlichen Funktions- und Reichweite der nationalen Tarifvertragsysteme begründet liegt, zum anderen aber auch durch die Bedeutung übertariflicher Zulagen auf Unternehmensebene sowie die Entwicklung der effektiven Arbeitszeiten (Feiertage, Überstunden usw.) beeinflusst wird.⁷

In den alten EU-Staaten ist die jährliche Steigerung der *Nominallöhne* in den letzten Jahren etwas zurückgegangen. Im Jahr 2004 beträgt der durchschnittliche Zuwachs 2,5 % gegenüber 3,0 % im Vorjahr und erwarteten 2,7 % im Jahr 2005 (Tabelle 3). Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die äußerst bescheidene Nominallohnentwicklung in Deutschland zurückzuführen, die mit einem Zuwachs von lediglich 0,1 % (2004) und geschätzten 0,5 % (2005) deutlich aus dem europäischen Rahmen fällt. Wie bereits in den Vorjahren verzeichnet Deutschland einmal mehr die mit Abstand geringsten Nominallohnzuwächse (Schulten 2004a). Demgegenüber nehmen 2004 Irland und Griechenland mit Nominallohnsteigerungen von mehr als 5 % den

Spitzenplatz ein, gefolgt von Spanien und Großbritannien, deren Nominallöhne um etwa 4 % ansteigen.

In den meisten neuen EU-Staaten kommt es im Durchschnitt zu deutlich höheren Nominallohnzuwächsen als in der alten EU. 2004 gibt es mit 16,5 % die höchsten Nominallohnzuwächse in Lettland, gefolgt von der Slowakei mit 10,8 % und Litauen mit 10,0 %. Für 2005 werden für die meisten neuen EU-Staaten geringere Nominallohnsteigerungen erwartet, was im Wesentlichen auf die rückläufige Preisdynamik zurückzuführen sein dürfte.

Die erheblichen nationalen Differenzen in den Nominallohnsteigerungen reflektieren zu einem Gutteil die unterschiedlichen Preisentwicklungen in den einzelnen Ländern. Demnach existiert bei

⁵ Seit einigen Jahren veröffentlicht das *European Industrial Relations Observatory* (EIRO) regelmäßig Daten über die Entwicklung der Tariflöhne in Europa (zuletzt Carley 2005a). Eine Überprüfung der vom EIRO verwendeten nationalen Ursprungsdaten macht jedoch deutlich, dass diese große methodische Mängel aufweisen und nicht miteinander vergleichbar sind. Zum einen werden in den EIRO-Daten mitunter sehr unterschiedliche Bereiche und Zeiträume erfasst. Zum anderen werden aufgrund fehlender nationaler Tariflohnstatistiken oft Datenquellen verwendet, die faktisch keine Tarif- sondern Effektivlohnentwicklungen darstellen. Neben dem EIRO bemüht sich auch der *Europäische Gewerkschaftsbund* in einem jährlichen Bericht um die Erfassung von Tariflohnsteigerungen (zuletzt Keune 2004). Die hier verwendeten Daten, die auf Angaben der nationalen Gewerkschaftsverbände beruhen, sind wegen ihrer sehr unterschiedlichen und intransparenten Erfassungsmethoden jedoch ebenfalls kaum miteinander vergleichbar. Schließlich hat die *Europäische Zentralbank* einen eigenen Tariflohnindex für die Eurozone entwickelt, mit dem sie regelmäßig Daten über Tariflohnsteigerungen berechnet (z. B. EZB 2005, S. 43). Allerdings werden von der EZB nur Tariflohnstatistiken für die gesamte Eurozone, nicht jedoch für die einzelnen nationalen Mitgliedstaaten publiziert.

⁶ Strenggenommen werden in der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission keine „Löhne“ sondern „Arbeitnehmerentgelte“ (definiert als Bruttolöhne plus Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung) ausgewiesen. Der hier im Folgenden verwendete Lohnbegriff umfasst demnach die gesamten Arbeitskosten.

⁷ Nach den Daten der EZB (2005, S. 43) ist die Lohndrift zwischen Tariflohn- und Effektivlohnsteigerung in der gesamten Eurozone in den letzten Jahren zumeist positiv. Dagegen existiert in Deutschland bereits seit den 1990er Jahren in den meisten Tarifverträgen eine negative Lohndrift, bei der die vereinbarten Tariflohnsteigerungen nicht mehr in Effektivlohnsteigerungen umgesetzt werden (Hein u.a. 2004, S. 73ff.).

Tabelle 3: Lohnentwicklung und Verteilungsbilanz in der Europäischen Union 2001–2005

	Nominallöhne*					Reallöhne**					Verteilungsbilanz***				
	2001	2002	2003	2004	2005	2001	2002	2003	2004	2005	2001	2002	2003	2004	2005
Alte EU-Staaten (EU 15)															
Belgien	3,7	4,2	2,0	2,5	2,2	1,2	2,4	0,3	0,1	0,0	1,9	1,3	-1,0	-1,8	-1,4
Dänemark	4,6	3,2	3,6	3,3	3,3	2,1	1,0	1,8	2,1	1,6	0,8	-0,3	0,4	0,2	-0,2
Deutschland	1,7	1,5	1,6	0,1	0,5	0,0	0,3	0,5	-1,5	-0,8	-0,3	-0,3	-0,3	-2,7	-0,9
Finnland	4,7	1,8	2,6	3,9	4,1	1,1	-1,3	2,4	2,9	2,5	1,6	-2,7	0,0	-0,5	-0,1
Frankreich	2,7	2,4	2,3	3,1	2,8	1,0	0,5	0,3	1,6	0,8	0,9	0,3	-0,1	-1,2	-0,7
Griechenland	5,2	9,5	4,1	5,7	5,9	1,8	5,7	0,7	2,8	2,7	-2,7	2,2	-2,5	1,8	0,5
Großbritannien	5,3	3,8	4,5	3,9	4,7	2,8	2,2	2,5	2,6	2,8	1,4	1,2	1,3	0,5	0,5
Irland	7,7	5,0	4,7	5,7	5,0	3,4	-0,6	0,9	3,2	2,7	0,7	-4,9	-0,7	0,9	-0,3
Italien	3,2	2,5	3,8	2,9	3,0	0,4	-0,5	1,2	0,6	0,9	0,3	0,3	1,5	0,3	0,2
Luxemburg	3,9	3,7	2,1	3,2	3,0	0,7	1,5	0,2	0,9	0,9	4,6	2,1	-0,9	-0,7	-0,2
Niederlande	5,5	6,2	3,9	2,5	0,7	0,8	3,4	1,5	1,2	-0,7	0,8	2,8	1,5	-1,8	-1,4
Österreich	1,4	1,7	2,1	2,9	2,5	-0,4	0,6	0,6	0,9	0,2	-0,8	-0,6	-0,1	-0,1	-1,6
Portugal	5,3	4,4	2,6	3,0	3,1	1,4	0,9	-0,6	0,6	0,8	1,4	0,9	0,1	-0,2	0,0
Schweden	4,5	2,9	3,0	3,4	3,5	2,1	1,1	0,7	2,2	2,8	2,9	-0,7	-0,9	-1,8	0,2
Spanien	3,8	4,3	4,3	4,0	3,7	0,5	0,9	1,1	1,0	0,8	0,2	0,0	0,5	0,4	0,2
EU 15	3,4	3,0	3,0	2,5	2,7	1,0	0,9	1,0	0,7	0,8	0,6	0,3	0,3	-0,9	-0,4
Neue EU-Staaten (EU 10)															
Estland	7,7	10,2	8,9	6,4	6,1	1,5	6,6	8,1	3,3	2,8	-4,0	1,2	3,8	-2,6	-2,4
Lettland	3,4	4,0	11,1	16,5	8,0	0,7	1,8	8,0	9,7	2,9	-4,9	-3,0	2,6	2,8	-3,3
Litauen	3,4	1,4	8,2	10,0	7,9	1,0	1,7	11,0	9,1	5,0	-9,0	-1,1	3,6	2,2	-0,8
Malta	5,5	2,4	1,3	-0,5	1,4	3,8	0,8	0,5	-3,7	-0,7	7,6	-2,1	1,7	-4,0	-1,8
Polen	13,1	2,0	0,8	4,6	4,1	8,1	0,3	0,1	1,3	2,0	5,1	-4,1	-5,0	-4,0	-1,3
Slowakei	6,3	9,3	6,0	10,8	7,1	0,2	6,0	-1,5	3,6	3,4	-3,0	1,0	-4,3	-2,0	-0,8
Slowenien	11,6	10,0	7,8	6,0	5,0	3,3	2,0	2,6	2,7	2,4	1,3	-1,5	0,0	-1,7	-1,1
Tschechien	7,6	6,2	6,7	5,5	6,5	4,0	5,4	6,5	2,7	4,3	1,9	5,5	2,6	-1,8	0,3
Ungarn	15,1	12,7	9,3	9,7	7,0	6,4	8,7	4,5	1,9	2,1	4,3	5,5	2,5	-2,3	-1,1
Zypern	4,3	7,1	6,1	3,8	4,5	2,3	4,5	2,5	1,3	2,0	0,3	3,7	1,6	-0,9	-0,6
Gesamte EU (EU 25)	4,0	3,2	3,0	2,8	2,8	1,5	1,1	1,0	0,9	0,9	0,7	0,2	0,1	-1,0	-0,4

* Nominallöhne = Nominaleinkommen aus unselbständiger Arbeit (einschl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) pro Kopf, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

** Reallöhne = Nominaleinkommen aus unselbständiger Arbeit (einschl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) pro Kopf abzüglich Preisentwicklung (Deflator des privaten Verbrauchs), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr (vgl. Tabelle 2).

*** Verteilungsbilanz = Saldo des jährlichen Nominalzuwachs und dem neutralen Verteilungsspielraum (vgl. Tabelle 2) in Prozentpunkten.

Angaben für 2005 = Frühjahrsprognose 2005 der Europäischen Kommission.

Quelle: Europäische Kommission (2005a); eigene Berechnungen.

WSI Hans Böckler
Stiftung

der Entwicklung der *Reallöhne* in Europa eine deutlich geringere nationale Spannweite. In den alten EU-Staaten wachsen die Reallöhne mit durchschnittlich 0,7 % in 2004 und erwarteten 0,8 % in 2005 etwas geringer als in den Vorjahren. 2004 kommt es in Deutschland als einzigem Land in der EU 15 zu einer deutlichen Reallohnsenkung von -1,5 %, die sich mit -0,8 % voraussichtlich auch 2005 fortsetzen wird. Die höchsten Reallohnsteigerungen mit Werten zwischen 2,2 % und 3,2 % finden sich demgegenüber in Irland, Großbritannien, Griechenland, Finnland und Schweden. In den neuen EU-Staaten aus Mittel- und Osteuropa liegen die Reallohnzuwächse mit Werten zwischen 4 % und 7 % nach wie vor deutlich über dem westeuropäischen Niveau.

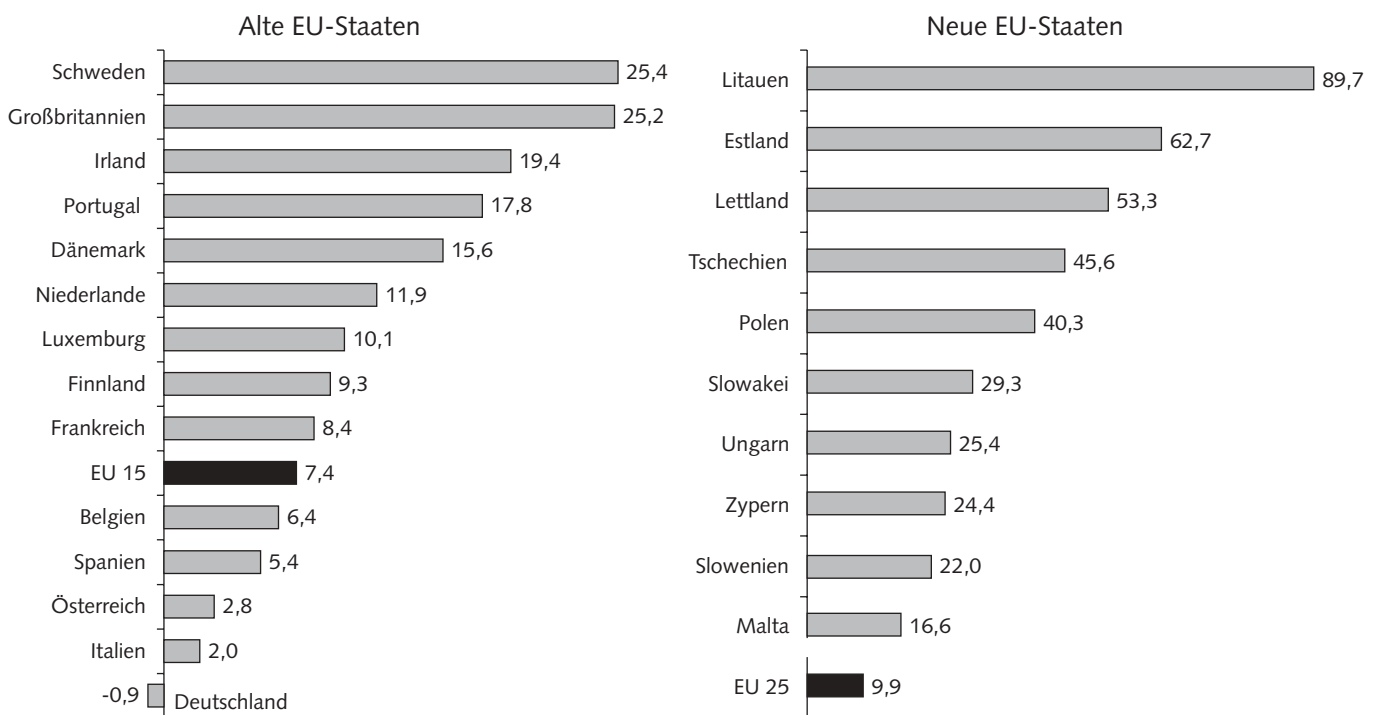
Bei einem Vergleich der Reallohnentwicklung über die letzten zehn Jahre hinweg werden die unterschiedlichen Entwicklungen innerhalb der einzelnen EU-Staaten noch deutlicher (*Abbildung 1*).

Zwischen 1995 und 2004 ist Deutschland das einzige Land in der EU, in dem die Beschäftigten Reallohnverluste hinnehmen müssen. Im Durchschnitt der EU 15-Länder steigen die Reallöhne hingegen um 7,4 %, während sie in Schweden und Großbritannien als den Spitzenreitern um mehr als 25 % zunehmen. Noch höhere Reallohnsteigerungen finden sich für den gleichen Zeitraum in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern, wobei Litauen mit 87,9 % den Spitzenplatz einnimmt. Insgesamt wird hiermit auch in der Lohnentwicklung der ökonomische Aufholprozess dieser Länder dokumentiert.

Der aus Arbeitnehmersicht wichtigste Indikator zur Bewertung der Lohnentwicklung besteht schließlich darin, inwieweit diese in der Lage ist, den neutralen Verteilungsspielraum aus Preis- und Produktivitätsentwicklung auszuschöpfen. Der Ausschöpfungsgrad kann hierbei durch die Verteilungsbilanz, d.h. dem Saldo aus Nominallohnentwicklung und neu-

tralem Verteilungsspielraum, gemessen werden (*Tabelle 3*). Im Jahr 2004 haben die Lohnentwicklungen im Durchschnitt der alten EU im Unterschied zu den Vorjahren erstmals wieder zu einer negativen Verteilungsbilanz von -0,9 Prozentpunkten geführt. Damit bestätigt sich einmal mehr das innerhalb des Konjunkturzyklus typische Verlaufsmuster, wonach im Aufschwung die Löhne in der Regel zunächst hinter der neuen ökonomischen Dynamik zurück bleiben. Insgesamt weisen 2004 neun alte EU-Länder eine negative Verteilungsbilanz aus, wobei in Deutschland mit -2,7 Prozentpunkten der Verteilungsspielraum am wenigsten ausgeschöpft wird. Sechs alte EU-Staaten haben dagegen eine positive Verteilungsbilanz, worunter Griechenland mit einem Plus von 1,8 Prozentpunkten die expansivste Lohnentwicklung zu verzeichnen hat. Für 2005 erwartet die Europäische Kommission in der alten EU wiederum eine leicht negative Verteilungsbilanz von durchschnittlich -0,4 Prozentpunkten.

Abb. 1: Entwicklung der Reallöhne* in der Europäischen Union 1995-2004 - in % -



*Veränderungen der Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer, Deflator des privaten Verbrauchs.
Quelle: Europäische Kommission (2005); eigene Berechnungen.

WSI Hans Böckler Stiftung

Trotz deutlich höherer Reallohnsteigerungen bleiben 2004 in den neuen EU-Staaten mit Ausnahme von Lettland und Litauen die Lohnzuwächse zum Teil deutlich unterhalb der nationalen Verteilungsspielräume. Auch für 2005 wird mit Ausnahme von Tschechien in allen neuen EU-Staaten eine negative Verteilungsbilanz erwartet.

3

Gesetzliche Mindestlöhne in Europa

In der großen Mehrheit von 18 der insgesamt 25 EU-Mitgliedsstaaten und darüber hinaus auch in den EU-Kandidatenländern Bulgarien und Rumänien existieren gegenwärtig gesetzliche Mindestlöhne (Schulten 2005). Davon verfügen in der alten EU 15 neun Staaten über eine entsprechende gesetzliche Regelung. Neben Deutschland sind es die skandinavischen Länder Dänemark, Schweden und Finnland sowie Österreich und Italien, die sich vor allem aufgrund ihrer besonders ausgeprägten Tradition von Tarifautonomie sowie ihrer vergleichsweise relativ umfassenden Tarifvertragssysteme bislang gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes

ausgesprochen haben. Während in der Mehrzahl der übrigen EU-Staaten der gesetzliche Mindestlohn bereits über eine sehr lange Tradition verfügt, wurde er in Großbritannien und Irland erst Ende der 1990er Jahre als Reaktion auf eine abnehmende tarifliche Deckungsrate und einen zunehmenden Niedriglohnssektor eingeführt. In den neuen EU-Staaten existiert bis auf Zypern überall ein nationaler gesetzlicher Mindestlohn.

Im Hinblick auf ihr absolutes Niveau zeigen die verschiedenen nationalen Mindestlöhne sehr große Unterschiede (*Abbildung 2*). Insgesamt lassen sich drei Ländergruppen unterscheiden: Zur ersten Gruppe gehören mit Luxemburg, Niederlande, Belgien, Irland, Großbritannien und Frankreich insgesamt sechs Staaten aus der alten EU, die mit Mindestlöhnen zwischen 1.153 und 1.467 € pro Monat bzw. 7,00 und 8,48 € pro Stunde über ein relativ hohes gesetzliches Mindestlohniveau verfügen. Zu einer zweiten mittleren Gruppen gehören die übrigen alten EU-Staaten Griechenland, Spanien und Portugal sowie Malta und Slowenien, in denen die gesetzlichen Mindestlöhne zwischen 437 und 668 € pro Monat bzw. 2,62 und 3,86 € pro Stunde liegen. Die meisten neuen EU-Staaten finden sich schließlich in einer dritten

Gruppe mit sehr niedrigen monatlichen Mindestlöhnen zwischen 116 und 235 € pro Monat bzw. 0,67 bis 1,43 € pro Stunde.⁸

Obwohl der gesetzliche Mindestlohn letztendlich durch die jeweiligen Regierungen festgelegt wird, ist er de facto in fast allen Ländern das Ergebnis mehr oder weniger formalisierter Verhandlungen zwischen dem Staat und den Tarifvertragsparteien (Schulten 2005). In Belgien und Griechenland sowie einer Reihe mittel- und osteuropäischer Staaten wird der Mindestlohn sogar explizit durch eine nationale Tarifvereinbarung festgelegt. In den übrigen Ländern bestehen dagegen zahlreiche bi- und tripartistische Institutionen, die mehr oder weniger verbindliche Empfehlungen

⁸ Der Aussagewert der hier in Euro vorgenommenen Betrachtung der gesetzlichen Mindestlöhne unterliegt jedoch zweierlei Einschränkungen: Zum einen können Verschiebungen in den Wechselkursen zwischen Euro und den nationalen Währungen die bestehenden Niveauunterschiede stark beeinflussen. Zum anderen sagen die in Euro ausgewiesenen Mindestlöhne nichts darüber aus, welche Kaufkraft in den einzelnen Ländern damit verbunden ist. Ältere Berechnungen der Mindestlöhne in Kaufkraftstandards haben dagegen gezeigt, dass die nationalen Niveauunterschiede hierbei deutlich geringer ausfallen (Paternoster 2004).

Tabelle 4: Erhöhung der gesetzlichen Mindestlöhne – in % –

	2003	2004
Alte EU-Staaten		
Belgien	2,0	2,0
Frankreich	5,3	5,8
Griechenland	3,9	6,0
Großbritannien	7,1	7,8
Irland	0,0	10,0
Luxemburg	6,0	2,5
Niederlande	2,7	0,0
Portugal	2,5	2,5
Spanien	2,0	8,6
Neue EU-Staaten		
Estland	16,8	8,5
Lettland	16,6	14,3
Litauen	4,7	11,1
Malta	3,4	1,4
Polen	8,4	4,4
Slowakei	9,2	6,9
Slowenien	7,5	5,4
Ungarn	0,0	6,0

Quelle: Carley (2005a). **WSI** Hans Böckler Stiftung

für die Erhöhung der gesetzlichen Mindestlöhne aussprechen.

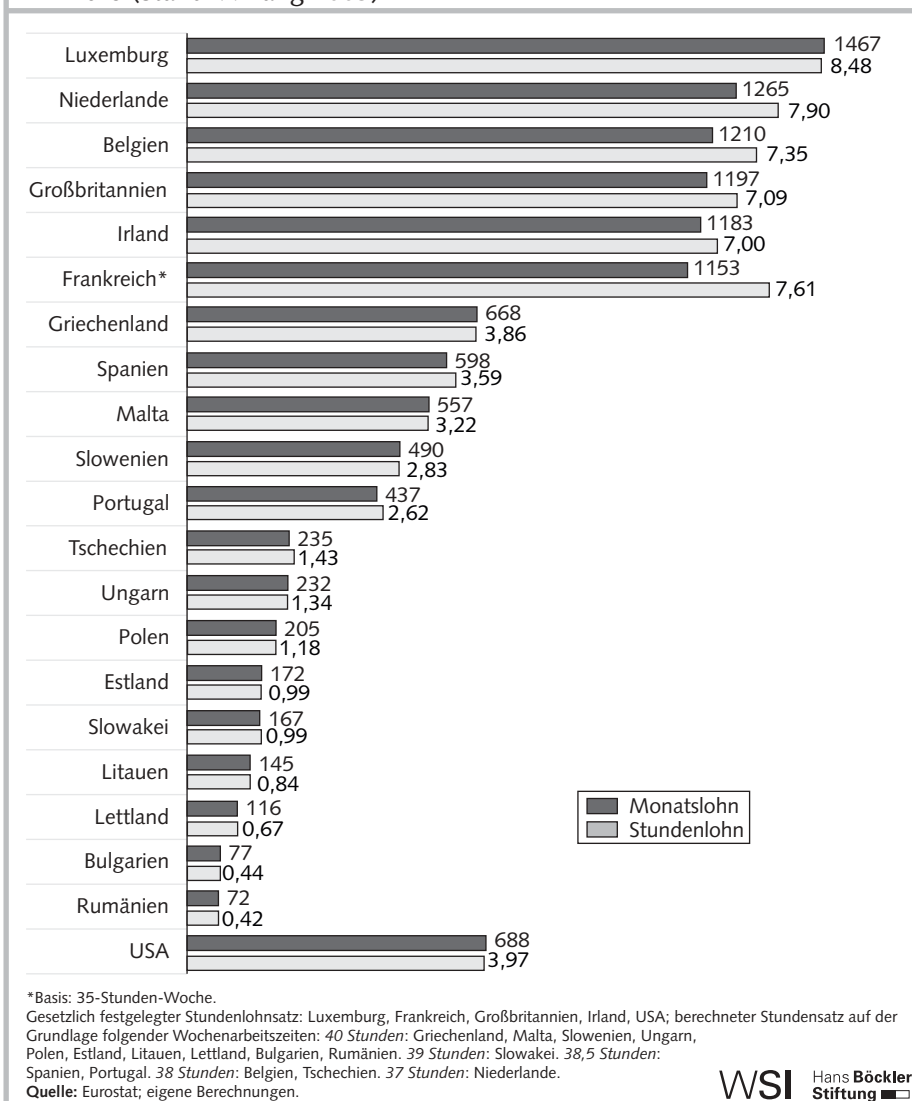
In den Jahren 2003 und 2004 kommt es in vielen Ländern zu einem relativ hohen Anstieg der gesetzlichen Mindestlöhne, der teilweise deutlich über den Erhöhungen der Nominallöhne liegt (Tabelle 4). Spitzenreiter in der alten EU ist Großbritannien, wo der gesetzliche Mindestlohn 2003 um 7,1 % und 2004 um 7,8 % angehoben wird. Nachdem Irland 2003 keine Mindestlohnerhöhung vollzogen hat, werden 2004 die Mindestlöhne um 10 % angehoben. Deutlich unterhalb des Niveaus der allgemeinen Nominallohnzuwächse bleibt die Erhöhung der Mindestlöhne dagegen in Belgien und Portugal. In den neuen EU-Staaten liegt der Anstieg der Mindestlöhne teilweise ebenfalls deutlich oberhalb der durchschnittlichen Nominallohnerhöhungen, womit dem in absoluten Zahlen immer noch sehr niedrigen Mindestlohnniveau in diesen Ländern Rechnung getragen wird.

4

Arbeitszeiten in Europa

Neben der Entwicklung der Löhne gehört die Regulierung der Arbeitszeit zu den wichtigsten Themen der Tarifpolitik. Im Jahr 2004 liegt die tarifvertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit im Durchschnitt der alten EU bei etwa 38 Stunden (Carley

Abb. 2: Gesetzliche Mindestlöhne pro Monat und pro Stunde – in Euro (Stand: Anfang 2005) –



2005b). Die tarifvertraglichen Arbeitszeitstandards variieren dabei zwischen 35 Stunden in Frankreich und 40 Stunden in Griechenland (Tabelle 5). Deutschland befindet sich mit einer durchschnittlichen tarifvertraglichen Wochenarbeitszeit von 37,7 Stunden im europäischen Mittelfeld. In den neuen EU-Staaten dominiert dagegen mit Ausnahme von Tschechien, der Slowakei und Zypern nach wie vor die 40-Stunden-Woche. Aufgrund der relativ schwachen Tarifvertragsstrukturen wird in diesen Ländern die Arbeitszeit insgesamt weniger durch die Tarifverträge als durch bestehende Arbeitszeitgesetze reguliert.

Im Gegensatz zu den tarifvertraglich vereinbarten Wochenarbeitszeiten liegt die effektive Wochenarbeitszeit im Jahr 2002 im Durchschnitt der alten EU bei knapp 40 Stunden (Carley 2005b). Die längsten effektiven Arbeitszeiten in der alten EU

finden sich mit 43,1 Stunden pro Woche in Großbritannien, das zugleich die mit knapp sechs Stunden größte Differenz zwischen tarifvertraglicher und effektiver Wochenarbeitszeit zu verzeichnen hat, was in erster Linie an der äußerst niedrigen Tarifbindung liegen dürfte. Die kürzesten effektiven Wochenarbeitszeiten existieren mit je 38,8 Stunden in Frankreich und den Niederlanden. Deutschland bewegt sich mit 39,6 Stunden auch bei der effektiven Wochenarbeitszeit im europäischen Mittelfeld.

Sieht man von der Einführung der 35-Stunden Woche in Frankreich am Ende der 1990er Jahre und der 2003 erfolgten Reduzierung der tariflichen Wochenarbeitszeit von 39 auf 38 Stunden in Belgien einmal ab, so spielt das Thema Arbeitszeitverkürzung in den Tarifrunden der letzten Jahre so gut wie keine Rolle (Carley 2005b). In

Tabelle 5: Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten in der Europäischen Union - in Stunden -

	Tarifvertraglich vereinbarte Arbeitszeit (2004)	Effektive Arbeitszeit (2003)*	Differenz zwischen tarifvertraglich vereinbarter und effektiver Arbeitszeit
Alte EU-Staaten (EU 25)			
Griechenland	40,0	41,0	1,0
Irland	39,0	39,5	0,5
Luxemburg	39,0	39,8	0,8
Portugal	39,0	40,1	1,1
Schweden	38,8	39,9	1,1
Österreich	38,5	40,0	1,5
Spanien	38,5	40,3	1,8
Belgien	38,0	39,0	1,0
Italien	38,0	38,7	0,7
Deutschland	37,7	39,6	1,9
Finnland	37,5	39,2	1,7
Großbritannien	37,2	43,1	5,9
Dänemark	37,0	39,2	2,2
Niederlande	37,0	38,8	1,8
Frankreich	35,0	38,8	3,8
EU 15	38,0	40,0	2,0
Neue EU-Staaten (EU 10)			
Estland	40,0	41,1	1,1
Lettland	40,0	43,3	3,3
Malta	40,0	40,8	0,8
Polen	40,0	41,5	1,5
Slowenien	40,0	41,4	1,4
Ungarn	40,0	41,0	1,0
Slowakei	38,5	40,5	2,0
Tschechien	38,0	41,4	3,4
Zypern	38,0	40,0	2,0
Gesamte EU 25 (EU 25)	38,6	40,2	1,6

* von Vollzeitbeschäftigten.
 Quelle: Carley (2005b); eigene Berechnungen.

WSI Hans Böckler Stiftung

vielen Ländern deutet sich im Gegenteil möglicherweise ein arbeitszeitpolitischer Paradigmenwechsel hin zu längeren Arbeitszeiten an. Ausgehend von den Auseinandersetzungen in Deutschland haben die Arbeitgeber mittlerweile in zahlreichen europäischen Ländern die Forderung nach Arbeitszeitverlängerung auf die Tagesordnung gesetzt und drohen damit einen europaweiten Wettlauf um die längsten Arbeitszeiten in Gang zu setzen (Keune 2004; Carley 2005b)

5

Fazit: Tarifpolitik 2004/2005 in Europa

Im Jahr 2004 liegt die Lohnentwicklung im EU-Durchschnitt erstmals wieder unterhalb des neutralen Verteilungsspielraums, nachdem sie in den Jahren zuvor diesen meistens übertroffen hat. Obwohl die Lohnzuwächse 2004 gegenüber den Vorjahren ebenfalls etwas geringer ausfallen,

ist diese Entwicklung in erster Linie Ausdruck einer veränderten konjunkturellen Situation. Während die leicht positive Verteilungsbilanz der Lohnpolitik in den Jahren 2001-2003 vor allem auf die geringen Produktivitätszuwächse zurückzuführen ist (Schulten 2004a), ist es umgekehrt ab 2004 das vergleichsweise deutlich höhere Produktivitätswachstum, das zu einer insgesamt negativen Verteilungsbilanz beiträgt. Die Lohnentwicklung zeigt demnach ein typisches antizyklisches Verlaufsmuster und hat auf diese Weise in den meisten alten EU-Staaten zu einer stabilitätsorientierten Entwicklung beigetragen.

Völlig aus dem europäischen Rahmen heraus fällt hingegen die Lohnentwicklung in Deutschland. Seit Mitte der 1990er Jahre hält Deutschland bei den Nominal- und Reallohnzuwächsen zumeist die rote Laterne in Europa und ist kaum mehr in der Lage, seine jeweiligen Verteilungsspielräume auszuschöpfen. Im Jahr 2004 hat Deutschland nicht nur einmal mehr die mit Abstand schlechteste Verteilungsbilanz, sondern ist auch noch das einzige Land mit einer negativen Reallohnentwicklung. Folgt man den Prognosen der Europäischen Kommission, so scheint sich diese Entwicklung auch 2005 weiter fortzusetzen,⁹ wobei auch die von Deutschland ökonomisch hochgradig abhängigen Nachbarstaaten Belgien, Niederlande und Österreich mit in den Sog einer extrem moderaten Lohnentwicklung gezogen werden. Dabei ist es mittlerweile nicht mehr zu übersehen, dass diese extreme Lohnzurückhaltung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland deutlich schadet und wesentlich zu der anhaltenden Wachstums- und Beschäftigungsschwäche beiträgt, unter der wiederum ganz Europa zu leiden hat.

⁹ Zur aktuellen Tarifrunde in Deutschland vgl. den Beitrag von Reinhard Bispinck in diesem Heft.

LITERATUR

- Carley, M. (2005a):** Pay Developments – 2004, in: EIROOnline [www.eiro.eurofound.eu.int/2005/03/update/tn0503103u.html]
- Carley, M. (2005b):** Working Time Developments – 2004, in: EIROOnline [www.eiro.eurofound.eu.int/2005/03/update/tn0503104u.html]
- Paternoster, A. (2004):** Mindestlöhne – EU-Mitgliedstaaten, Kandidatenländer, USA 2004, Statistik kurz gefasst, Reihe Bevölkerung und soziale Bedingungen Nr. 10, Eurostat
- Europäische Kommission (2005a):** Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft, Frühjahr 2005 [europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/european_economy/2005/statannex0105_de.pdf]
- Europäische Kommission (2005b):** Economic Forecasts, Spring 2005 [europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/european_economy/2005/ee2005en.pdf]
- EZB (Europäische Zentralbank) (2005):** Monatsbericht Juni 2005
- Hein, E./Schulten, T. (2004):** Arbeitslosigkeit, Lohnentwicklung und Tarifvertragssysteme in der Europäischen Union, in: Sterkel, G./Schulten, T./Wiedemuth, J. (Hrsg.): Autonomie im Laufstall? Gewerkschaftliche Lohnpolitik in Euroland, Hamburg, S. 38–62
- Hein, E./Schulten, T./Truger, A. (2004):** Lohnentwicklung und Deflationsgefahren in Deutschland und Europa, in: Prokla Nr. 134, S. 61–83
- Keune, M. (2004):** The Coordination of Collective Bargaining in Europe – Annual Report 2004 to the ETUC Collective Bargaining Committee, Brüssel
- Schulten, T. (2004a):** Europäischer Tarifbereich des WSI 2003/2004, in: WSI-Mitteilungen 7, S. 347–355
- Schulten, T. (2004b):** Solidarische Lohnpolitik in Europa. Zur Politischen Ökonomie der Gewerkschaften, Hamburg
- Schulten, T. (2005):** Politische Ökonomie gesetzlicher Mindestlöhne. Internationale Erfahrungen und Konsequenzen für Deutschland, in: Hein, E./Heise, A./Truger, A. (Hrsg.): Löhne, Beschäftigung, Verteilung und Wachstum. Makroökonomische Analysen, Marburg, i. E.